

**Bezugspreise**  
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Poststellung 1,20 Mark, vierteljährlich  
3,60 Mark, durch die Post 3,00 Mark  
ausgeschlossen Postgebühren. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im amt-  
lichen Zeitungs-Verzeichnis unter  
Einkaufspreisen eingetragen. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachsendung nur mit dem Quellenangabe  
Einkaufspreisen gestattet.  
Gemäß der Geschäftsleitung Nr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,  
Postfach-Nummer Leipzig Nr. 4009.

# Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeige**  
werden die Gespaltene Kolonnenzeile  
oder deren Raum mit 30 Pf. berech-  
net und in unsterblichen Annoncen  
mit allen Anzeigen-Gebühren ange-  
nommen. Reklamen die Seite 1 mit  
Schluß der Anzeigen-Annahme  
sonntags 11 Uhr, für die Sonntags-  
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-  
gen von Anzeigenaufträgen, soweit  
sie nicht zulässig sind, müssen schriftlich  
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.  
Erscheint täglich einmal  
Sonntags einmal  
Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Halle, E. Deutsches Hof 17.  
Abbestellungsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 399a.

Halle, Montag, den 27. August

1917.

## Neue Kämpfe bei Beaumont.

### Eine neue Kanzlerrede.

#### Hauptausfluß und Neuorientierung.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Ausschusses über die innere Politik und die Neuweisung der Regierungsgeschäfte führte Abg. Erzberger aus, daß man, weil das Parlament nicht in sich einig sei, nur von einer Verständigung zwischen Regierung und Mehrheit sprechen könne. Ein Reichs- oder Staatsrat würde beim Zentrum nur unüberwindlichen Widerstand stoßen. Dies sei die einmütige Auffassung seiner Fraktion. Auch dem zu bildenden Sonderausfluß müßten verfassungsmäßige Bedenken entgegen. Jedoch wolle das Zentrum in ihm mitarbeiten, die beiden Mitglieder des Zentrums aber seien Vertreter der Partei. Überflüssige Änderungen wolle auch das Zentrum nicht. Aber viele Fragen seien für die Lösung reif geworden. Der Reichstag habe einen durchaus legitimen Einfluß auf die Regierung und sei berechtigt, diesen Einfluß zu benutzen und zu vergrößern. Daher, sollte man nicht von Maßnahmen usw. sprechen. Die Haltung des Zentrums von neuen Männern gegenüber werde von ihren Taten abhängen. Unangenehm berührt habe die Entlassung Batocis, und bedauerlich sei, daß das Vorstandsmitglied im Kriegsernährungsamt, Stegemann, für seine schwere Arbeit so wenig Anerkennung bei der Regierung gefunden hat. Von der Auswahl der neuen Männer sei das Zentrum nicht begeistert. Kein Angehöriger des Zentrums sei in die Reichsregierung berufen worden. Diese

#### Zurückweisung des Zentrums

müsse endlich aufhören. In den bisherigen 46 Jahren seit Bestehen des Reiches sei nicht ein einziger Staatssekretär aus den Reihen des Zentrums genommen, auch kein Unterstaatssekretär oder Ministerialdirektor, trotz der doch unabweisbaren Verdienste des Zentrums auf politischem Gebiet. Das Zentrum verlange wohl politische Parität bei der Besetzung der Beamtenstellen.  
Abg. Dr. Erzberger nannte die deutsche Verfassung ein Apathekind. Sie sei zugunsten worden auf den Leib des ersten Kanzlers. Gerade der Krieg hat uns viele Schwächen der Reichsverfassung zum Bewußtsein gebracht, worauf Bassermann während des Krieges schon hingewiesen hat. Wir sind vor Reibungen nicht bewahrt geblieben, und zwar vor Reibungen zwischen allen möglichen Instanzen. Was wir aber brauchen, ist ein einigermaßen ruhiger Regierung und Parlament, ein reibungsloses Wirken dieser beiden wichtigsten Instanzen. Was der Krieg noch so günstig ausgefallen, die Aufgaben der Zukunft auf allen Gebieten werden doch ungeheuer sein. Mit welcher dieser Parlementsmitglieder können sie nicht gelöst werden. Auch die Gesetzgebung, namentlich die Steuererhebung, kann nicht in der bisherigen Weise weitergehen. Es kann nicht bestritten werden, daß die demokratisch regierten Länder die Bekämpfung dieses Krieges effizienter gelöst haben. Man sollte nicht mit dem Einwand kommen, daß wir Reformen will, damit das Monarchische Verfassungsmodell zerstört. Das ist nicht bismarckisch gedacht. Die Neuweisung der Regierungsgeschäfte zeigt eine Umkehrung von der bisherigen Einseitigkeit, und das ist unmissbar ein Fortschritt. Das Zentrum hat keine Veranlassung, sich allein über eine Zurückweisung zu beklagen, denn

der politische Wert hat gleichmäßig allen Parteien gegenüber, nur die konervative Partei ausgenommen. Damit ist jetzt gebrochen. Nach vor wenigen Wochen wurde die Intelligenz des Reichsamts des Innern geerdigt. Jetzt hat man die Notwendigkeit seiner Teilung plätschlich eingesehen. Die Stellung des Chefs der Reichsjustiz ist ungenügend wichtig. Man sollte sie daher immer nur mit einer parlamentarisch gesicherten Kraft versehen. Auch die Staatssekretäre müssen politisch gesichert sein und am liebsten dem Parlament entstammen. Die Regierungsmitglieder müssen Parlamentarier bleiben dürfen und Artikel 9 der Reichsverfassung deshalb geändert werden. Der Hauptausfluß eignet sich schon wegen der notwendigen Vertraulichkeit nicht für die Aufgaben, die der neue Steuerausfluß erfüllen soll. Man möge den neuen Ausfluß erst einmal arbeiten lassen, ehe man über ihn den Stab bricht. Selbstverständlich soll seine Überleitung bei den Reformen erfolgen, aber wir müssen sie schon im Krieg durchzuführen. Eine Hinauszögerung der inneren Reformen mit der Begründung, daß innere Fragen mit den jetzt im Vordergrund stehenden auswärtigen Angelegenheiten nicht zu tun hätten, ist nicht angängig. Staatssekretäre ohne Vorprüfung seien keine angenehme Erscheinung und büßten nicht zu einer dauernden Einrichtung werden. Sie seien höchstens als Ubergangsmittel denkbar. Der neue Sonderausfluß (Gremium) sei eine Stufe in der Entwicklung zum Fortschritt.

#### Reichskanzler Dr. Michaelis

führte aus: „Ich bin dankbar, daß Sie Ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen haben zur Mitarbeit an der Durchführung der von mir gemachten Vorschläge. Was ich als dringender voraussetzt und für die Dauer als zweckmäßig erweist,

### Amthlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 26. August.  
Wöchentlich Kriegsjahraplaß.

#### Heeresgruppe Kronprinz

In Flandern erreichte der Feuerkampf nur in einzelnen Abschnitten größere Stärke. An mehreren Stellen löseten englische Geländevorstöße.  
Im Vorfeld anderer Stellungen westlich von Le Catelst kam es zu heftiger Kampfartigkeit der Briten und Infanteriegefechten um die in unserer Positionen liegenden Gefilde.

St. Quentin lag wieder unter französischem Feuer, das neue Brände hervorrief.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Längs der Aisne lebte mehrfach das Feuer auf. Nach starker Artilleriewirksamkeit südlich von Barzy in unsere vorbereiteten Gräben gedrungen französische Abteilungen wurden durch schnelle Gegenstoß geworfen.

Auf dem Westufer der Aisne blieb die Gefechtsartigkeit geringer als in den letzten Tagen. Dagegen war der Artillerietotumstiff des Feindes wieder sehr stark. Günstig liegen feindliche Kräfte von der Höhe 344 (östlich von Samogneux) nach Norden vor; sie wurden durch Feuer und im Nachschub abgewiesen.

Heute morgen haben sich bei Beaumont Kämpfe entwickelt.

#### Deutscher Kriegsjahraplaß

Zel Dünkersburg, Baranowitzki, Tarnopol und am Jurek, sowie in mehreren Abschnitten der Karpatenfront rege Feuerartigkeit und kleine Postengefichte.

#### Mazedonische Front

Mächtig von Monat für eine gewaltsame Erkundung für uns erfolgt; nördlich des Doiran-Sees wiesen die bulgarischen Einheiten starke englische Streitabteilungen zurück.

#### Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff

wollen wir, von dem ersten praktischen Falle ausgehend, in gemeinsamer Beratung festzulegen lassen. Die Notwendigkeit, über gewisse grundlegenden Fragen in einem enger begrenzten Kreise zu verhandeln, damit die Vertraulichkeit gewahrt bleibt, ist erwiesen. Wenn ich gesagt habe, daß die Mitglieder des neuen Ausschusses nicht als Bevollmächtigte der Regierung oder der Parteien zu betrachten seien, so habe ich ausdrücken wollen, daß es ausgeschlossen ist, daß in jedem einzelnen Falle der Vertreter der Partei oder der Regierung mit einer Instruktion in den Ausschuß hineingeht, oder nach der Beratung an die Partei Bericht erstattet.  
Dinge, die im Werden sind, die Veränderung noch unterliegen, die noch im Zwischenstadium sind und nicht vor der Öffentlichkeit erörtert werden dürfen, wollen wir vertrauensvoll miteinander durchgeraten, und kann schließlich zu einer Lösung kommen, die der Öffentlichkeit übergeben werden kann.

Ich bin überzeugt und ich habe auch die Zustimmung sämtlicher Vertreter der Fraktionen dazu bekommen, daß in diesen vertrauensvollen Beratungen in engem Kreise die Befragung eines wesentlichen Fortschrittes liegt. Es ist selbstverständlich die Aufgabe der Vertrauensmänner jeder Partei, daß sie die Besprechung im Sinne ihrer Partei zu erleichtern haben. Das ist ohne weiteres anzuerkennen. Gerade dadurch soll ja auch die engerer Fühlung zwischen Regierung und Parteien hergestellt werden. Der Führer der Partei soll in die Kommission geschickt werden. Dann besteht die Gewähr dafür, daß er in dabin die Meinung seiner Partei zum Ausdruck bringt. Damit ist die Sicherheit gegeben, daß die Verhandlungen fruchtbar sein und die Sache stets nach irgend einer Seite hin fördern. Es versteht sich von selbst, daß der Führer sich mit ihren Parteien im engen Einvernehmen halten, denn nur dann kann man erwarten, daß sich die Parteien im allgemeinen auch zu dem Bekannten werden, was besprochen worden ist. Ich glaube, daß es zweckmäßig ist, die Ausschußverhandlungen in dieser Weise auszubauen. Ein weitgehender Man wird von mir noch nicht bearbeitet, auch denke ich noch nicht an eine staatsrechtliche Lösung. Mir liegt vorerst allein daran, in Zusammenarbeit mit den Vertrauensmännern der großen Parteien die stehenden Fragen ihrer Lösung näherzubringen. Damit dürften Bedenken ausgeschaltet sein, die hier geäußert worden sind.

Es ist als ein Scherz bezeichnet worden, daß man einen Reichstagsabgeordneten als Minister nach Bremen und einen preussischen Landtagsabgeordneten als Staatssekretär in den Reichsdienst übernehmen habe. Für den Posten des preussischen Justizministers mit einer Verantwortung für die gesamte praktische Rechtspflege, für das Her der Beamten und den inangemessenen Gang der Rechtsaufsicht müßte ich einen Beamten mit der amtlichen Vergangenheit

des Herrn Epahn bekommen. Das Reichs-Justizamt dagegen hat sich nur mit gelegentlichen Aufgaben zu beschäftigen und wird dies künftig in ganz besonderer Weise zu tun haben. Dorthin gehörte ein Mann, der im praktischen Leben besonders bewährt und infolge der engeren Fühlung mit weiteren Volksteilen mit deren Bedürfnissen gründlich vertraut ist. Die Verleumdung ist also nach wohl-ermöglichten sachlichen Gründen erfolgt. Zu Scherzen habe ich weder Veranlassung noch Reizung gehabt.

Abg. Ledebour äußerte Genehmigung über die unangenehme Entwicklung zur Parlamentarisierung. Material sei seine Partei aber durchaus unbefriedigt. Der Bundesrat müsse zu einer Art Oberhaus umgewandelt werden, obwohl auch das nicht das Ideal seiner Partei sei. Der neue Ausschuß, über dessen Befugnisse niemand etwas wisse, sei Schaumflügelerei und würde nur das Ansehen des Reichstages schädigen.

Abg. Graf Beckler meinte, daß die ganze Debatte Zeit gekostet hätte, bis der Reichstag dem Reichstag zugegangen wäre. Die Auswahl der Mitglieder der Regierung sei das alleinige Recht der Krone und das Verlangen, daß das Parlament vorher gefragt werde, daher ein Eingriff in die Rechte des Kaisers. Die konervative Partei verleihe es sich deshalb, an der getroffenen Auswahl Kritik zu üben und verzichte auch darauf, zu zeigen, daß nicht ein einziger ausgeproben Vertrauensmann der Konserveativen darunter sei. Die konervative Partei warte die Handlungen der neuen Männer ab.

Ein Mitglied der Deutschen Fraktion, Abg. Barmanuth, betonte, daß die Mehrheiten im Reichstage wechseln. Eine Regierung, die in diesen Fuß hineinträte, komme nicht zu einer ruhigen Führung der Geschäfte.

Damit schloß die tagespolitische Aussprache.  
Nächste Sitzung Montag; Rest der Tagesordnung (Verhältnisse in den besetzten Gebieten, Zensur und Vertrauensfreiheit, Abschluß der Debatte über die auswärtige Politik).

### Der Rat von Flandern über die Pappnote.

WTB. Brüssel, 25. August. Der Rat von Flandern verurteilt die Friedensnote des Papstes folgende Erklärungen: Der Rat von Flandern hat mit hoher Befriedigung von dem Friedensgespräch des Papstes Benedikt XV. Kenntnis genommen, drückt aber sein Bedauern aus, daß sich der Rat seit zwei Jahren ohne persönliche Verbindung mit dem väterlichen Volk befindet. Die in der Friedensnote dargestellten allgemeinen Grundzüge, ebenso aber auch die für den Friedensschluß über das Schicksal Belgiens gemachten Vorschläge scheinen ihm geeignet, die Grundlage für Verhandlungen zu bilden, um die Zukunft des väterlichen Volkes und die Unabhängigkeit seines Landes sicher zu stellen, wie der Rat von Flandern es sich zum Ziele gesetzt hat. Die Friedensnote des Apostolischen Stuhles betont ausdrücklich, daß im Frieden die politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit unseres Volkes nach jeder Seite zu sichern sei. Der Rat von Flandern sieht sich genötigt, seine Überzeugung dahin auszudrücken, daß zur Erreichung dieses Zieles die heutige Regierung in Versailles weder unabhängig genug noch überhaupt geographischen Wege zu erreichen. Sie hat sich mit den Beschlüssen durch Verträge immer enger verbunden und noch jüngst in ihren offiziellen und öffentlichen Äußerungen erklären lassen, daß die Zukunft des belgischen Landes in so enger politischer, wirtschaftlicher und militärischer Abhängigkeit von Frankreich und England gelöst werden müsse, daß kaum noch der Schein der Selbständigkeit gemahnt bleibt. Sie lehnt daher auch nach wie vor die tief begründeten Forderungen der belgischen Volksmehrheit, nämlich der Flamen ab und verweigert ihnen die gerechte und wirksame Erfüllung der verfassungsmäßigen Gleichheit im Staate. Sie widersteht sich vielmehr mit allen ihre Gebote stehenden Mitteln der Ausübung der natürlichen Rechte des väterlichen Volkes, sich durch die Selbstbestimmung nach ihrem eigenen Willen und gemäß ihrer geographischen Lage zu entscheiden. Sie sieht sich in Widerspruch zu der grundlegenden Erklärung des Heiligen Stuhles und zu den Grundlinien der neuesten Friedensnote des Papstes Benedikt XV., der ausdrücklich betont, daß im gerechten Maße den Anforderungen der Völker, auch der in größeren Verbänden eingeschlossenen, Rechnung getragen werden müsse. Wir führen uns auch auf die Überzeugung, daß ein selbständiges Flandern neben einem selbständigen Wallonien eine dauernde Unabhängigkeit für den Frieden und für unsere Unabhängigkeit schaffen kann. Der Rat von Flandern fühlt sich eins mit dem Papste in dem Sinne, dem Frieden zu dienen, indem er die aus jahrzehntelangen Kämpfe des väterlichen Volkes gegen das Unrecht unter der Unterdrückung hervorgegangenen Forderungen der vollen Anerkennung seines Rechts auf Erhebung in seiner natürlichen Mutter Sprache sowie auf Selbstverwaltung und Selbständigkeit Flanderns ihrer Bewilligung entgegenführt. Uns selbst zurückgeben, erstreben wir mit dem

Häpfe und allen Friedensfreunden weder Hoff noch Kande noch die Entwidrigung von irgend jemandem, sondern eine allgemeine Verhöhnung und ein für alle Wölter ehrenvolles Krigenende.

### Ein Friedensaufwurf der belgischen Sozialisten.

WTB. Brüssel, 25. August. Die välmischen Sozialisten zahlreicher Richtung rufen in ihrem Organ „De Nieuwe Tijd“ die belgische Arbeiterklasse dazu auf, in eine kräftige Friedensbewegung einzutreten. Gegen die Mächtigkeit der Landesparteiung wird der Vorkurs erhoben, sie verlege die Grundzüge des Sozialismus, indem sie in der Arbeiterklasse die Friedensbestrebungen unterdrücke, für den Krieg bis zum bitteren Ende einträte und die Teilnahme an der Besprechung in Stockholm ablehne. Der Aufruf wendet sich nachdrücklich gegen die Verdrängung, daß es sich bei der Bewegung für den Frieden um ein deutliches Mandat handele.

### Die ungeheuren Menschenverluste der Entente im Westen.

WTB. Berlin, 25. August. Das „Bündner Echo“ vom 24. August schreibt zur Kriegslage: „Wie hart der Abdruck der Kriegswunden nur in diesen letzten Wochen ist, hat ein militärischer Fachmann so veranschaulicht, daß er ausrechnete, Wilson müßte den Briten zwanzig große Transportzüge vollgepackt mit Soldaten über den Atlantischen Ozean schicken, bis nur die englischen Verluste der letzten Pländer-Schlacht, die jetzt in Einzelziffern joristisch, wieder erlöst wären. Aber dann wäre man wieder nicht stärker als vor der Offensive, abgesehen davon, daß der Erfolg dem Abgange der Kriegsgeliebten Truppen qualitativ nicht gleichwertig sein könnte. Was hat ausgerechnet, daß die Alliierten im Westen in diesen Sommer an Toten, Schwerverwundeten und Schwerkranken und Vermissten (Gefangene inbegriffen) bereits über 240 000 Mann verloren haben; da anzunehmen ist, daß im August, September und Oktober die Verluste nicht geringer, eher größer sein würden, hätten die Alliierten bis zum Winter mit einem Gesamt-Abgang von einer Million Mann zu rechnen. Amerika müßte somit eine halbe Million Menschen herüberbringen können, bis nur der Abgang einermäßigen erlöst wäre. Man rechnet der Westfront des Offensivschlages aus dem Zeugnis der vierter bis fünfter Teil des Angreiferverlustes, macht zwischen 100 000 bis 125 000 Mann. Da aber Deutschland allein in der Lage ist, jedes Jahr das Vielfache dieser Zahl zu rekrutieren, vermag es militärisch nicht nur den gemäßigten Rekrutierungszuwachs, sondern auch die Millionenverluste durch Amerikaner, Chinesen usw. bei denselben Verhältnissen zu ertragen. Das Kraftverhältnis zwischen französischer Defensive und der Offensivseite würde daher auch künftig zugunsten der Zentralmacht ausfallen. Das hätte zur notwendigen Folge, daß die Zentralmächte noch während im Feindesland zu halten, das sie bisher hinter ihrer Kampfront organisieren, erneuern und andauern können, daß, wenn sie aus irgendeinem Grunde an einer Stelle die Front nach rückwärts verlegen müssen, immer nur Feindesland verwüstet wird, nie eigenes. Ob diese Überlegungen in Verbindung mit dem U-Boot-Kriege und dem mächtig wachsenden Friedensbedürfnisse bei allen Völkern nicht doch so etwas wie Friedensgewissheit darstellen?“

### Abgeschlagene italienische Massenstürme auf dem Monte Gabrielle.

WTB. Wien, 25. August. Aus dem Kriegspressquartier wird u. a. gemeldet: Am Donnerstag wurden unsere tapferen Truppen trotz der ungünstigen Kampfverhältnisse den Feind südlich des Bsch und im Raume von Lodi ab. Er hatte große Verluste. Gegen die überall zur Täuflung in der alten Viten zurückgebliebenen kleinen Abteilungen eröffnete am Freitag früh der Feind heftiges Artillerie- und Minenverfeuern, dem um 10 Uhr vormittags Infanterie-Angriffe folgten. Mitten in der Nacht wurden die feindlichen Abteilungen die Höhe südlich des Bsch, nachmittags tauchten die feindlichen Abteilungen vorfristig auf. Sie wurden weißlich Kal und Pöbleck abgewiesen. Freitag vormittag griff der Feind auf dem Monte Gabrielle an. Pünkt Anführung der Brigade Palermo, der im Laufe der Nacht zwölf weitere folgten, jerschleppen an der tapferen Haltung des dort stehenden Jägerbataillon Nr. 9. Im Außenplateau war nach dem ununterbrochenen schweren Kampfe gestern ein ruhiger Tag, ebenso am Tolmeiner Brückenkopf und nördlich davon.

Triester Front: Westlich des Monte Piano wurde eine größere feindliche Abteilung abgewiesen. Galizische Front: Donnerstagabend griffen russische Abteilungen, kräftig unterstützt durch Artillerie, unsere weißlich Bredy vorgehobene Feldwache an. In unserem Maschinengewehrfeuer mußte der Feind unter Zurücklassung seiner Toten wieder zurück. Ebenso wiesen wir feindliche Partouillen, die über den Brück vorgewandert waren, leicht ab.

Wien, 25. August. Aus dem Kriegspressquartier wird am 25. August abends gemeldet: Seit Mittag sind Kräfte nach italienische Angriffe im Gange. Im Nordbereich verhältnismäßig Ruhe.

### Vermischte Kriegsnachrichten.

#### Auch die Japaner kommen? Eine französische Antidivision.

Das Pariser „Journal“ erklärt einer Berner Meldung zufolge, daß Verhandlungen über eine Intervention Japans in Europa im Gange seien. Die japanische Regierung habe ihren Willen, sich an dem Krieg teilzunehmen, und Japan fühle sich immer mehr solidarisiert mit den Alliierten. „Wir wollen in Ruhe abwarten, ob bei der Pariser Besprechung nicht der Wunsch der Vater des Gedankens ist, die Schwierigkeiten, ein Heer auf den europäischen Kriegsschauplatz zu entsenden, sind beispielsweise für Amerika schon groß, sie wachsen für Japan ins Unermessliche.“

#### Hollands Kohlenmangel.

Saag, 25. August. Nach holländischen Blättern müßten in dieser Woche wegen Kohlenmangels erneut zahlreiche industrielle Betriebe geschlossen werden, wodurch wieder 24 000 Arbeiter Brotlos geworden sind. Die Regierung ist entschlossen, wenn man mit Deutschland bezüglich

### Der amtliche österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 26. August 1917. Amtlich wird verlautbart:

#### Deftlicher Kriegsschauplatz.

Das lebhafteste Artilleriefeuer an den Fronten der Generalobersten Erzherzog Joseph und v. Böhm-Ermolli hält an, keine besonderen Kampfhandlungen.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karsthohefläche verlief auch der gelbrige Tag ohne größere Infanteriegefechte. Unmittelbar südlich des Wipacostales schlugen wir einen Nachstoß ab. Bei Biglia scheiterten schwächere italienische Vorstöße.

Schwere Kämpfe entwickelten sich neuerdings im Gebiet des Monte San Gabriele. Dank der Tapferkeit der Vertheidiger, unter denen neben dem Gezerger Kärner die Ghibetter vom Regiment 87 und ungarische Schindarmabteilungen besondere Ermüdung erlitten, drang der Feind trotz großer blutiger Opfer nirgends durch.

Der von uns in der Nacht zum 24. August kampffos geräumte Monte Santo wurde von den Italienern besetzt. Auf der Hohefläche von Rainizza-Feilleggeit und südlich von Nuzza kam es zu mehrfachen Zusammenstößen.

An der Rätiner und der Tiroler Front nichts von Bedeutung.

#### Balkan-Kriegsschauplatz.

Innenfront.

#### Der Chef des Generalstabs.

Wien, 26. August. Aus dem Kriegspressquartier wird am 26. August abends mitgeteilt: Die Kämpfe nördlich von Göry und auf der Hohefläche von Rainizza-Feilleggeit dauern an. Die italienischen Angriffe blieben ohne Ergebnis.

### Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 26. August 1917, abends. (Amtlich.) Bei Beaumont auf dem südlichen Maasufer wurden die morgens angreifenden französischen Kräfte nach kurzem Infanteriegefecht durch Gegenstoß in ihre Ausgangsstellung zurückgeworfen. Sonst im Westen und Osten keine größeren Kampfhandlungen.

Der Kohlenlieferung zu keinem befriedigenden Abkommen gelangt, die Benutzung der Eisenbahnen von Privatpersonen von einem Erlaubnis abhän g i g zu machen. Alles unnütze Reisen soll dadurch ausgeschlossen werden. Außerdem soll der Eisenbahnerverkehr nochmals um 75 Prozent eingeschränkt werden. Man erwartet jedoch in der Kammer heftigen Widerspruch gegen diese Maßnahme.

### Deutsches Reich.

#### Beschlagnahme von Wäsche in Gasthäusern.

Verhärtnungsverbot, aber nicht Entgeltnung.

Eine einschneidende Maßnahme ist jochen von der Reichsbedienstetelle verfügt worden. Sie hat die Beschlagnahme der Bett-, Haus- und Tischwäsche, die sich im Besitze von Gewerbe- und gemeinnützigen Betrieben befindet, ausgesprochen. Betroffen werden alle Betriebe, die auf die Beherbergung oder Beförderung von Personen oder den Verkauf von Lebens- oder Genussmitteln zum Verzehr an Ort und Stelle gerichtet sind, insbesondere Hotels, Pensionen, Logierhäusern, privaten (nicht öffentlich-rechtlichen) Krankenanstalten, einstädtlich Genugungs- und Erholungsheimen, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Personenschiffahrts-, Schlaf- und Wagenbetriebe u. dgl. wird, soweit sie zum Brauch in den bezeichneten Betrieben bestimmt ist, beschlaggenommen. Das gleiche gilt von der im Besitze von Wäscheverleherischen befindlichen Wäsche. Die Beschlagnahme erstreckt sich auf die gesamte vorhandene Bett-, Haus- und Tischwäsche ohne Rücksicht darauf, ob sie gebraucht oder ungebraucht ist.

Als Bett-, Haus- und Tischwäsche gilt alle weiße und farbige Wäsche, die zum Waschen oder Bedecken von Betten, zum Bedecken von Stühlen oder Stühlenbetriebe oder in Aufenthalts- oder Speisestuben bestimmt ist, insbesondere Bettbezüge, -decken und -laken, Bademäntel und -tücher, Hand- und Mundtücher, Tischtücher und -decken, Wirtschaftstücher und Schuettücher. — Ausgenommen von der Beschlagnahme sind Gegenstände, zu deren Herstellung ausschließlich Papiergarne verwendet sind. — Der bestimmungsgemäße Gebrauch der bezeichneten Gegenstände im eigenen Betriebe, insbesondere das gewerbmäßige Vermieten durch bereits bestehende Wäscheverleherische wird durch die Beschlagnahme nicht berührt. An den beschlaggenommenen Gegenständen dürfen Veränderungen, insbesondere Druckveränderungen nicht vorgenommen werden. Rechtsgeltung der Verfügungen über diese Gegenstände und Verfügungen, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen, sind nichtig. Der Erwerb der unter diese Beschlagnahme-Anordnung fallenden Gegenstände ist verboten. Die Beschlagnahme erstreckt sich auch auf solche im Besitze der bezeichneten Betriebe befindlichen Gegenstände, über die vor ihrem Inkrafttreten Verfügungen dieser Art vorgenommen sind. Die Reichsbedienstetelle berührt sich vor, auf Antrag beschlagnommene Gegenstände zur Befreiung freizugeben. Man sieht, daß die sofort in Kraft getretene Verfügung außerordentlich umfangreich ist. Sie läßt auch nicht ein einziges Wäscheverleher und auch nicht einen einzigen Betrieb frei, und hat infolgedessen rückwirkende Kraft, als sie auch Verfügungen über die Wäsche, die vor ihr getroffen wurden, wirkungslos macht. Zur Sicherung der Durchführung besteht eine strenge Meldepflicht.

Die Besitzer der Wäsche sind verpflichtet, die am 1. Okt. 1917 in ihrem Besitze (Eigentum oder Gewahrsam) befindlichen Gegenstände der vorbestimmten Art der Reichsbedienstetelle anzuzeigen. Der Meldepflicht unterliegen auch Rechtsgeltung, die an Wäscheverleher, die dem

14. Juli 1917 vorgenommen worden sind. Jedoch erstreckt sich die Meldepflicht nicht auf:

1. solche auf die Beherbergung oder Beförderung von Personen gerichtete Betriebe, in denen nicht mehr als fünf Betten zum Gebrauche für Gäste zur Verfügung stehen;
2. solche auf den Verkauf von Lebens- oder Genussmitteln zum Verzehr an Ort und Stelle gerichtete Betriebe, in denen nicht mehr als drei zur Familie des Unternehmers nicht gehörende Personen dauernd beschäftigt werden.

#### Der Kanzler und die Ostmarkensage.

„Gegen jede Ausnahmegerichtung.“

Die Wiener Zeitung „Kraai“ erzählt aus gut informierten Kreisen nachstehende Mitteilungen über die Haltung des neuen Reichskanzlers zur Polenfrage:

„Es ist ein großer Irrtum, wenn unsere Volksgenossen annehmen, daß der Kanzler sich bisher mit unseren Angelegenheiten noch nicht befaßt hat. Als Breslauer Oberbürgermeister hat er mehrere Jahre unter dem damaligen Oberpräsidenten Grafen Juchaczewski der Regierung der polnischen Provinzen vorgesetzt. Er hat sich in dieser Zeit mit großem Interesse für die in sich selbst einwirkende einwandernde Bemüht und aus seiner Ansicht weder in Privatgesprächen noch im amtlichen Verkehr einen Speß gemacht. Schon damals hielt er mit seiner Ansicht nicht zurück, daß er die Ausnahmegerichtung für ganz verfehlt erachte und sich gar keine Erfolge davon verspreche. Er pflegte hinzuweisen, daß falsche Werte, die jede nationale Bewegung in sich trage, nicht durch Gewalt überbrückt werden können. Eine viel vernünftigerer Politik wäre es, einen Ausgleich zu finden, schon im Interesse der Erhaltung der religiösen Momente, die diese Bewegung in sich trage. Er verlangte völlige bürgerliche Gleichberechtigung, wobei er allerdings eine vorübergehende Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten gegen das Reich von seiten der Polen erwarte. Diese Meinung hat, wie wir bestimmt zu wissen glauben, bis zum heutigen Tage der Kanzler nicht geändert. Wenn er auch aus erklärlicher Reserve bis zum heutigen Tage noch keine Stellung dazu genommen hat, so wird er doch mit ihm gewichtige Energie die Reorganisation in der Polenfrage nach Kräften gegen alle Rücksichtnahmebestrebungen und Quertreibereien durchzuführen wissen!“

#### „Konsumtentkammer“.

Warum Batoki zurücktreten mußte.

Der Kriegsausstoß für Konsumenten-Interessen hielt am Sonnabend im „Nebenland“ zu Berlin eine Sitzung ab, die aus allen Teilen des Reichs stark besucht war. Der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt-Berlin, führte in der Eröffnungsrede aus, daß vorwiegend die Ernährungsverhältnisse besser als im verflochtenen Jahre seien. In der Versorgung mit Fleisch und Fett ist allerdings ein Rückgang eingetreten, dagegen in der Versorgung mit Brot und Getreide eine wesentliche Besserung. Die Mischlinge im Vorjahre wären vermieden worden, wenn die Behörden den Vorschlägen der Konsumentenverbände volle Beachtung geschenkt hätten. Jedenfalls sei in diesem Jahre eine Hungersnot nicht zu befürchten. Der Ministerrat des Präsidenten des Kriegsernährungsamts sei sehr überrascht und gestommen; wahrscheinlich hänge der Rücktritt des Herrn von Batoki mit der Herabsetzung der Schweinefleischpreise zusammen. Es wehe eben in gewisser Beziehung noch immer ein agrarischer Wind. Deshalb sei es notwendig, auf die Befreiung des Kriegsernährungsamts vom Einfluß zu gewinnen, insbesondere hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Richtung der Beamten. Es sei zu hoffen, daß die Verteilung der Lebensmittel und die Preisgestaltung in diesem Jahre günstiger sein werden als im vergangenen Jahre. In der Ausdrucksform stimmten alle Redner für die Bildung von Konsumentenkammern. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit dem engeren Vorstände zur weiteren Beratung zu überweisen. Der Kriegsausstoß beschäftigte sich dann weiter mit der Frage der durchgehenden Arbeitszeit. Es gelang eine Entschließung zur Annahme, in der ausdrücklich der Beschäftigung des gesamten Wirtschaftslebens die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit in Reichs- und Staatsbetrieben, öffentlichen Betrieben und in den Schulen gefordert wird.

#### Zum deutsch-peruanischen Notenwechsel.

WTB. Berlin, 26. August. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt zum deutsch-peruanischen Notenwechsel: „In Sachen des peruanischen Seglers „Cortor“, der an der spanischen Küste verhaftet wurde, verlängerte das Peruanische wegen so schwieriger Verbindung mit Peru die Reklamationsfrist über den 15. September hinaus und fällt bisher keine sachliche Entscheidung.“

#### Die bulgarischen Journalisten in Koblenz.

WTB. Koblenz, 25. August. Die bulgarischen Tagesblätter jesteren gestern mittag, von Essen kommend, auf dem diesigen Bahnhof ein. Sie wurden vom Vorstehen der Ortsgruppe Koblenz des Reichsverbandes der deutschen Presse und des Bezirksvereins Koblenz-Trier, des Vereins deutscher Zeitungserleger sowie von Oberbürgermeister Klostermann empfangen. Nach einer Wagenfahrt durch die Stadt wurde mit dem Salonwagen „Hindenburg“ die Fahrt nach Badarach angetreten, woran sich die Spitzen der hiesigen Zivil- und Militärbehörden beteiligten. Während des Frühstücks an Bord des Schiffes begrüßte Oberbürgermeister Klostermann die Gäste namens der Stadt Koblenz und der übrigen Teilnehmer und brachte ein begeistertes Hoch auf Bulgarien und seine glückliche Zukunft aus. Redakteur Doroff vom Blatte „Utro“ dankte in herzlichsten Worten, wobei er ausführte: „Unsere Sympathien für Deutschland sind seit unserer Ankunft ins Unermessliche gestiegen. Wie Sie die Nacht am Rhein, so halten wir die Nacht an der Donau, damit der deutsche Kulturgeist für beide Völker und die ganze Menschheit zum Segen werde.“ Er schloß: „Das deutsche Volk, der immer der deutsch liebenswerte Rhein und die Stadt Koblenz Hurra!“ Beim Abschied von Badarach wies das Sobranje-Mitglied Koritschke in einer bedeutamen Ansprache auf die gemeinsamen Interessen und Aufgaben der beiden verbündeten Nationen hin. Die bulgarischen Gäste waren von der Schönheit des Rheins aufs höchste enttäuscht und gaben ihrer Freude wiederholt lebhaften Ausdruck.

Beamtlich F. d. post. Zeit: F. B. Eugen Brintmann; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerich, Habel, Eugen Brintmann; Senftenlo, Unteraltunastadt, Vermischtes usw.: Hans Kätone; für den Anzeigenteil: Hugo Branta. Druck und Verlag von Otto Bendel, Sämtlich in Halle.